

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Postfach 1001
Telefon: 1001
Schiffbaustraße 1, Postfach 1001

Bezugspreis: 1.000 Mark pro Jahr
Einzelhefte: 100 Mark
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Geldeinheiten berechnet
Die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Wg., für auswärts 40 Wg.
Zweiseitige 10 mm breite Zeile 20 Wg., für auswärts 30 Wg.
Vierseitige 10 mm breite Zeile 15 Wg., für auswärts 20 Wg.
Zwölfseitige 10 mm breite Zeile 10 Wg., für auswärts 15 Wg.

Druck u. Verlag: Nepp & Reichardt, Dresden, Postfach 1001
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
Vertrieb: Dresden, Postfach 1001
Schiffbaustraße 1, Postfach 1001

Stresemann zieht die Bilanz von Locarno

Statt Erfolge ein Rückschlag - Schwere Anklagen gegen Frankreich und England

Trotzdem Fortsetzung der Verständigungspolitik

Ein neuer Ton klingt an

(Von unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 19. Nov. Sicher hat mancher von denen, die heute in den Reichstag traten, um der Debatte über die Außenpolitik beizuwohnen, daran gedacht, daß der graue Novemberhimmel aus dem nun schon seit zwei Tagen der Regen fällt, als Symbol für unsere gegenwärtige außenpolitische Lage sehr wohl geeignet ist. Wir stehen — und niemand wird diese Tatsache angeweifeln wollen —

in unserer Außenpolitik unter einem Himmel, der voll grauer Wolken hängt.

Die Tage, in denen große Teile unseres Volkes sich von freudigem Optimismus fragen ließen, sind endgültig vorbei. Als ein Ausdruck dieser Stimmung war es wohl auch zu deuten, wenn zwar die Tribünen gefüllt waren, hingegen das Parkett der Abgeordneten doch recht große Lücken aufwies. Erst nachdem der Reichstagspräsident Löbe die Sitzung eröffnet hatte und die Minister, die ihr beizuwohnen wollten, bereits längere Zeit ihre Plätze auf der Regierungsbank eingenommen hatten, erschien Reichsaussenminister

Dr. Stresemann, in der Hand ein wenig umfangreiches Manuskript haltend.

Im Lichte der starkerzogenen Lampen, die den Sitzungssaal erleuchteten, sah man es dem etwas bleichen Gesicht des Außenministers an, daß er lange Zeit mit schwerer Krankheit gequält war, und daß er wohl auch jetzt noch nicht ganz gesundet ist. Mit schwacher Stimme, die auf den Tribünen kaum vernehmbar war, begann der Minister seine Darlegungen. Je mehr ihn aber seine Formulierungen erfüllten, je stärker der Wille in ihm wuchs, eine jahrelang vertretene Politik zu verteidigen und nicht als ganz ausfindlos abtun zu lassen, um so mehr erhielt auch seine Stimme wieder den alten heilen und kämpferischen Klang, in die sich verschiedene Male der laute Beifall seiner Partei mischte. Von einem Dank an den Reichstagspräsidenten und von der Feststellung, daß sich die Politik Müllers in Genf durchaus mit seiner, Stresemanns, Einstellung decke, kam der Außenminister sofort auf das zu sprechen, was ihm sicherlich am meisten am Herzen liegt:

Die Befreiung der Rheinlande.

Daß ihm in der Räumungsfrage durch die Haltung der Besatzungsmächte der Erfolg verwehrt wurde, hat Dr. Stresemann gewiß bitter und schmerzlich berührt. Es waren scharfe Worte — vielfach von einer Schärfe, die verwundet aufhorchen ließ —, die Dr. Stresemann an die Adresse dieser Mächte richtete. In weiten Kreisen der linksgerichteten Publizistik verfolgt man noch jetzt den Grundton, nur seinen Tadel gegen Frankreich auszusprechen, weil sonst für uns nichts zu erreichen sei. Wenn es eine Sünde wäre, gegen diesen Grundton zu verstoßen, so hätte Dr. Stresemann sie heute, und zwar sogar recht ausdrücklich, begangen. Warum? Hat er sich nach schwerem inneren Kampf auch an der Ueberzeugung durchgerungen, daß in dieser Beziehung alles deutsche und auch so heisse Bemühen vergeblich geblieben ist und auch in Zukunft vergeblich bleiben wird? Stützen könnte eine solche Auffassung die nachdrückliche Betonung, mit der Dr. Stresemann feststellte,

daß für die Räumung keine Gegenleistungen finanzieller Art mehr in Frage kämen.

Auch sei jede Politik der Verständigung zur Unfruchtbarkeit verdammt, solange das Rheinland unter fremder Soldateska zu leiden habe. Sicher hätte Dr. Stresemann mildere Wendungen gefunden, wenn er nicht der Meinung wäre, daß in Paris auch Worte, die eine bittere Enttäuschung ausdrücken läßt, mit kaltem Vöckeln aufgenommen werden. Im zweiten Teil seiner Rede setzte sich Dr. Stresemann mit der Kritik der Opposition, im besonderen mit der Graf Westarps, auseinander. Wenn auch seine Politik einen Rückschlag erlitten habe, so sei es doch notwendig, auch weiterhin für ihre Grundlinie und deren konsequente Fortsetzung einzutreten; ohne Zweifel könne das machtvolle Deutschland nur Verständigungspolitik treiben. Darin sind sich alle Kreise einig. Aber es handelt sich darum,

auf dem Wege einer solchen Politik die Mächte für uns zu interessieren und zu gewinnen, mit denen wir im gemeinsamen Vorgehen Vorteile für Deutschland erreichen können.

Es ist begrüßenswert, daß Dr. Stresemann feststellte, daß keine festen Bindungen an einzelne Großmächte vorhanden wären, die gelöst werden könnten, um uns die notwendige Bewegungsfreiheit zur Verständigung mit den anderen Mächten zu verschaffen.

Dr. Stresemann streift kurz die Frage der Abrüstung und geht dann auf

die Reparationsverhandlungen

ein. Mit Nachdruck stellt er fest, daß von einer wirklichen Lösung der Reparationsfrage nur zu sprechen sei, wenn sie unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht übersteige und keine Gefährdung unserer Lebenshaltung bedeute. Die Mittelparteien und auch ein Teil der Sozialdemokraten spenden dem Minister Beifall, als er sein Manuskript vom Rednerpult nimmt und sich wieder neben dem Reichskanzler in der Regierungsbank niederläßt.

Zieht man die Bilanz der Stresemann-Rede, so ergibt sich, daß der Minister den Weltmächten scharf ins Gewissen

geredet, seine Politik verteidigt und einen kurzen Ueberblick über das Gegeben hat, was nun für uns das wichtigste werden wird: Die Neuregelung des Dawesplanes. Von einer Wendung seiner bisherigen Politik und von einem Zusammengehen mit neuen Mächten hat der Minister nichts gesagt, konnte davon, wie man zu geben muß, auch noch nichts sagen, weil die eigentlichen Voraussetzungen für eine neue außenpolitische Betätigung von der Gestaltung unserer Tributzahlungen abhängig sind. Erst wenn die Reparationsfrage geregelt ist, wird die Zeit für neue außenpolitische Aktivitäten gekommen sein. Dr. Stresemann hat das nicht ausgesprochen, hat es aber deutlich genug durchblicken lassen, daß man sich bis dahin wird gedulden müssen.

Unmittelbar nach dem Außenminister nahm sein schärferer außenpolitischer Gegner, der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, das Wort, der im wesentlichen das wiederholte, was er bereits vor einiger Zeit in mehreren Zeitungsartikeln zum Ausdruck gebracht hat, daß nämlich die Politik, die sich an den Namen Locarno knüpft, nun als abgeklaffenes anzusehen sei. Mit vollem Recht wies Westarp darauf hin, daß es

unmöglich sei, zugleich Locarnopolitik zu treiben und große Manöver im besetzten deutschen Gebiete zu veranstalten.

Auch für Westarp steht die Neuregelung der Tributzahlungen im Mittelpunkt des politischen Interesses. Der deutschnationale Redner sieht den kommenden Dingen mit Sorge entgegen. Diese Sorge ist angebracht, denn, was man namentlich in der Presse Frankreichs lesen konnte, sicherlich nicht ohne Grund. Wiederholt und nachdrücklich wendet sich der Oppositionsredner gegen die Pläne einer so genannten Kommerzialisierung. Der Transferirung darf auf keinen Fall ausgegeben werden. Ueber die Forderungen hinaus, die Deutschland bei den Reparationsverhandlungen zu stellen haben wird, hält Westarp an der grundsätzlichen Forderung der Revision des Versailleser Vertrages fest. Westarp zeichnet das Bild des zerstückelten und zerliefenen Deutschlands, wie es ist und wie es leider — namentlich all dies für gewisse Kreise in Berlin — immer wieder dem Gedächtnis entwandert. Der Reichsinnenminister hat bekanntlich in der Rundfunkrede am 10. Jahrestag der Revolution erklärt, daß man erst als Mensch und dann erst als Deutscher auf die Welt komme. Gegen den Geist, der aus solchen Worten spricht, wendet sich Graf Westarp nicht nur mit Schärfe, sondern auch mit Recht. Deutschland ist verloren, wenn es nicht wieder zur vollstänigen Geschlossenheit kommt, wenn nicht die nationale Gesinnung zum Grundelement politischen Handelns gemacht wird.

Der Zentrumsvorredner, Prälat Kaas, stellt an dem Beginn seiner Ausführungen eine captatio benevolentiae. Er, der präsumtive Außenminister jener Zentrumspartei, deren politische Methode in fortgesetzter Undurchsichtigkeit von Taktik und Strategie besteht, bittet zunächst einmal Dr. Stresemann ab, was das böse Zentralorgan seiner Partei, die „Germania“, und der Fraktionskollege Schreiber ihm angetan haben. „Nachtigall, ich hör' dir lauschen“, ertönt ein Zwischenruf von links, den das Haus heller aufnimmt. Dr. Stresemann kann sich auf der Ministerbank eines Vöckelns nicht enthalten. Ebenso-

Es wird in allen politischen Kreisen ohne Unterschied der Partei mit aufrichtiger Freude begrüßt werden, daß Dr. Stresemann sich von seiner langen und schweren Krankheit so völlig wieder erholt hat, um sein Ressort vor versammeltem Reichstage in Person vertreten zu können, und die besten Wünsche für weiteres Fortschreiten seiner Kräftigung beileiten ihn auf allen Seiten. Ein leichter Schatten liegt aber doch noch auf seinen diesmaligen Ausführungen, und das ist ja auch nach so langen Wochen, die den Reichsaussenminister im Anfang in ernster Lebensgefahr gebracht hatten, voll begrifflich. Dazu gesellt sich das deprimierende Empfinden, daß die schönen Tage von Locarno-Vocarno von einem nur allzu berechtigten Winter deutschen Mißvergnügens über das hinterhältige Gebaren unserer Vertragspartner in der Räumungsfrage abgelöst worden sind. Diese Stimmung kam in der Rede Dr. Stresemanns mit einer früher nicht gewohnten Schärfe zum Ausdruck, die deutlich eine persönliche Distanzierung von der unzuverlässigen westmächtl. Politik erkennen ließ. Die „tiefe Enttäuschung“ des deutschen Volkes über den Gensler Mißerfolg stellte Dr. Stresemann mit Nachdruck fest, die Auffassung unserer Gegner lehnte er sowohl vom rechtlichen wie vom politischen Standpunkte aus kategorisch ab und betonte die absolute Unmöglichkeit deutscher Gegenleistungen, die über die Räumungsfrage des Versailleser Vertrages hinausgehen. Wenn der Reichsaussenminister gleichwohl grundsätzlich an der Verständigungs- und Verständigungspolitik festhalten will, weil uns gar nichts anderes übrigbleibe, so ist das zweifellos in dem Sinne richtig, daß wir auch ferner keine Gelegenheit verpassen dürfen, welche die Möglichkeit zu einer Verständigung darbietet. Diese Politik aber hat ihre Grenzen darin, daß zur Verständigung zwei gehören, und daß der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden sein muß. Dr. Stresemann konnte jedoch selbst nicht umhin, zu erklären, daß das Verhalten unserer Gegner geeignet sei, den Glauben an ihren guten Willen zu erschüttern.

wenig wie man zu erkennen vermag, ob der Rückzieher des Zentrums im innersten Grund wahrhaftig ist.

ebensowenig vermag man aus den außenpolitischen Ausführungen des Zentrums zu entnehmen, wo dieses steht,

welche Pläne es hegt und ob der völksparteiliche Minister auf die Dauer mit der Gefolgschaft der härtesten Partei der Mitte wird rechnen können. Die und da Vorstöße, Anläufe zu schärferer Kritik dessen, was geschah, und im gleichen Augenblick ein Zurückweichen auf die Linie der bisher getriebenen Politik. Kurz und gut, das Zentrum folgt, wenn auch freibliebend der von Stresemann eingeschlagenen Marschroute.

Der Demokrat De r u b u r g und der Wirtschaftsparteiler Dr. Pr ed t beschließen die Rednerreihe des ersten Tages der großen außenpolitischen Aussprache. Beide forderten keine weitere Beeinträchtigung der deutschen Souveränität.

Die Rede des Außenministers

Berlin, 19. Nov. Auf der Tagesordnung der stark besuchten Reichstags-Sitzung steht als einziger Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik. Mit der außenpolitischen Debatte werden verbunden Anträge der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Demokraten, die sich auf das besetzte Gebiet beziehen, und eine Interpellation der Wirtschaftspartei über die französischen Manöver im besetzten Gebiet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Fried (Nat.-Soz.), seine Freunde hätten der Ausschußentscheidung auf die Unterstützung zugestimmt. Präsident Löbe erklärt dann unter lautem Beifall: „Es gereicht mir zur Freude, dem nach langer Krankheit genesenen Herrn Reichsaussenminister das Wort erteilen zu dürfen.“

Reichsminister Dr. Stresemann

führt aus: Nach längerem erzwungenen Fernsein habe ich zum ersten Male wieder die Ehre, vor Ihnen über die aktuellen Fragen der deutschen Außenpolitik zu sprechen. Den für uns wichtigen Verhandlungen der September-Völkerbundstagung konnte ich nicht beizuwohnen. Um so mehr fühle ich mich verpflichtet, meinen Dank dem Herrn Reichskanzler

auszusprechen, der, als mir die Teilnahme an dieser Vollversammlung des Völkerbundes unmöglich wurde, ohne Bögnern meine Bitte erfüllt hat, an meiner Stelle an die Spitze der Delegation in Genf zu treten. Mit meinem Dank an ihn möchte ich die Erklärung verbinden, daß ich für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außenpolitischem Gebiet getan worden sind, meinerseits die volle Verantwortung mit Übernahme, und zwar nicht nur nach der formalen Seite, sondern auch auf Grund der Uebereinstimmung der Anschauungen. Lassen Sie mich drei Fragen in den Mittelpunkt meiner Erklärung stellen: Die Frage der Räumung, der Abrüstung und vor allem die Lösung der Reparationsfrage.

Die deutsche Reichsregierung hat vor der diesjährigen Vollversammlung des Völkerbundes die beteiligten Regierungen auf diplomatischem Wege davon in Kenntnis gesetzt, daß sie beabsichtige, in Genf

die Räumungsfrage

offiziell aufzuwerfen. Die Kritik dieses Schrittes, die sich darauf stützt, daß man einen Mißerfolg hätte voraussehen müssen, kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Wir können diese Frage nicht aus den Gesichtspunkten der Taktik und Opportunismus behandeln. Der Zeitpunkt war gekommen, die Räumungsfrage aus der Sphäre inoffizieller und vertraulicher Besprechungen herauszubringen und unseren Anspruch